

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
Gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

63. Jahrgang

Leipzig, den 22. Juli 1925

Nummer 58

Nicht erst in den letzten Tagen des Monats, sondern bis zum 25. Juli hat jeder Interessent des Gewerbes die **Bestellung des „Korrespondent“ bei der Post** vorzunehmen. Durch Verspätungen erhöht sich der Bezugspreis auf 50 Pf., weil die Post nach dem 25. eines Monats einen Zuschlag von 20 Pf. erhebt. Zustellungsgebühr 12 Pf.

Zum Streit im Schriftgießergewerbe

Wie zu erwarten war, hat das Reichsarbeitsministerium wenig Rechnung, der ihm von den Schriftgießereibesitzern zugemuteten Rolle, durch Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches vom 23. Juni für die Profitgier der Unternehmer im Schriftgießergewerbe mitverantwortlich zu werden, Rechnung zu tragen. Es hat daher das Reichsarbeitsministerium auch bis zum Abschluß dieser Nummer noch keine definitive Entscheidung getroffen, sondern die Frage immer noch offen gelassen. Auf Seiten der Arbeiterschaft besteht selbstverständlich keine besondere Notwendigkeit, das Reichsarbeitsministerium irgendwie zu beeinflussen, nur wäre es möglich, daß die Schriftgießereibesitzer aus dieser Zögerung der zuständigen Reichsinstanz immer noch die Hoffnung schöpfen, mit einer Verbindlichkeitserklärung rechnen zu können.

Wir haben schon mehrfach betont, daß mit einer Verbindlichkeitserklärung die Wiederaufnahme der Produktion im deutschen Schriftgießergewerbe keineswegs gesichert wäre. Denn die Organisationen der Arbeiterschaft könnten weder durch Beschluß noch durch Empfehlung dafür eine Verantwortung übernehmen. Es liegt daher nach wie vor die Verantwortlichkeit für die Fortdauer des Kampfes nur auf Seiten der Schriftgießereibesitzer.

Wie wir inzwischen erfahren haben, steigert sich die Unzufriedenheit in den Reihen der Schriftgießereibesitzer mit der für sie so verlustreichen Taktik der Leitung des Vereins Deutscher Schriftgießereibesitzer immer mehr. Und die nur noch durch juristische Fesseln der Vereinssatzungen mühsam aufrechterhaltene „Geschlossenheit“ im Unternehmerlager nimmt mit jedem Tage längerer Dauer des Kampfes die Tragkraft und Stabilität eines Kartenhauses an, das noch vor Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung in sich zusammenfallen wird.

So zeigt sich auch hier wieder der wirtschaftsfeindliche Charakter aller juristischen Bindungen innerhalb der Unternehmerorganisationen, die allen Industrie- und Gewerbebezügen mehr schaden als nützen, indem sie der praktischen Lösung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse stets hinderlich sind und eine Macht vorkäufeln, die im Endresultat teurer zu stehen kommt als jede halbwegs vernünftige Verständigung in solchen Differenzen. Dazu kommt dann noch die juristische Ausschaltung jeder persönlichen Freiheit aller jener Unternehmer im Schriftgießergewerbe, deren Absatzgebiet weniger veränderlich oder groß ist. So sehen wir auch in diesem Kampfe wieder eine rücksichtslose Diktatur weniger Großer, deren Kapitalkraft die ihrer Kollegen bei weitem überragt und infolgedessen auch beherrscht gleich jener einer Despotie.

Aus fast allen deutschen Standorten des Schriftgießergewerbes gingen uns in den letzten Tagen derartige Mitteilungen zu, die erkennen lassen, daß die Fuchel dieser Vereinsdespotie in den Kreisen der Schriftgießereibesitzer als immer unerträglich empfunden wird, und daß es nur noch des geringsten Anstoßes bedarf, um diese Kette zu sprengen. Nur das Fehlen einer klaren Entscheidung durch das Reichsarbeitsministerium verschleierte noch die Situation. Daraus ergibt sich auch, daß

das Reichsarbeitsministerium nur durch Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung diesen gewerbeschädlichen Zuständen ein Ende machen könnte. Denn dann werden selbst die „Oberbefehlshaber“ der Schriftgießereibesitzer einsehen müssen, daß es auch für sie besser sein wird, wenn eine Verständigung in freier Vereinbarung gesucht und zustande kommen wird. Die von der Arbeiterschaft geforderte Lohnerhöhung bildet ja in Wirklichkeit für die Schriftgießereibesitzer gar nicht mehr das wichtigste Streitobjekt, sondern nur noch die Nachgelüste derjenigen Herren im deutschen Schriftgießergewerbe, die schon seit vielen Jahren sich auch als Herrscher über ihre Kollegen fühlen und glauben, daß sie alle nach ihrer Pfeife tanzen müßten, damit sie immer mächtiger und alle andern immer schwächer würden!

Die Schriftgießereiarbeiter und -arbeiterinnen sind sich bewußt, daß die Ketten ihrer sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit sie in Zukunft nur noch härter drücken würden, wenn sie den Kampf erfolglos aufgeben würden. Darum halten sie in allen Orten treu und fest im Kampfe aus, und die hinter ihnen stehenden Organisationen werden ihre ganzen Kräfte aufbieten, um die Kämpfer im deutschen Schriftgießergewerbe davor zu schützen, daß Willkür und wirtschaftliche Rücksichtslosigkeit sie zu Boden zwingen.

Allgemeinverbindlichkeit des Lohntarifs Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung über tarifliche Vereinbarungen im Buchdruckgewerbe

Abschrift.

Der Präsident
der Reichsarbeitsverwaltung
(Tarifabteilung)
Nr. IV 125 A/25.

Berlin NW 40, Scharnhorststr. 35,
den 1. Juli 1925.

Entscheidung

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 („Reichslohgesetz“ S. 67) für allgemein verbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:

- a) auf Arbeitgeberseite: Deutscher Buchdrucker-Verein e. V., Berlin.
- b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Deutschen Buchdrucker; Gutenberg-Bund; Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands; Graphischer Zentralverband.

2. Abgeschlossen am 19. Mai 1925 (Lohnvereinbarung).

Nachtrag zum allgemeinen verbindlichen Buchdruckerlohn- und Gehaltstarif vom 20. Januar 1925 und Buchdruckerhilfsarbeiterlohn- und Gehaltstarif vom 24. Januar 1925.

3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

In Buch- und Zeitungsdruckereien sowie in Buchdrucker-Abteilungen auch anderer Unternehmungen beschäftigte Gehilfen sowie Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, soweit für diese nicht andere Tarife bindend sind (im Umfange der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Buchdruckerlohn- und Gehaltstarifs vom 20. Januar 1925 und des Buchdruckerhilfsarbeiterlohn- und Gehaltstarifs vom 24. Januar 1925; vergleiche „Reichsarbeitsblatt“ 1925, Nr. 21/22).

4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Gebiet des Deutschen Reichs.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 30. Mai 1925.

Mit dem angegebenen Zeitpunkte tritt die allgemeine Verbindlichkeit der Lohnvereinbarung vom 20. Januar 1925 außer Kraft.

S. A.: gez. Dr. B u e.

Zolltarif und Lebenshaltung

Einer lezenswerten Schrift des Reichsgesundheitsamtes über „Die Ernährung des Menschen“ (Verlag von Julius Springer in Berlin) entnehmen wir zur besseren Beurteilung der Wirkung des von den Regierungenparteien beabsichtigten Zolltarifs auf die Lebenshaltung folgende Grundtatsachen: „Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat die Kulturentwicklung eine große Änderung in der Beschäftigung der Bevölkerung hervorgerufen. Erstens hat die Zahl der Leute, die nicht körperlich arbeiten, bedeutend zugenommen; es gibt viel mehr Kaufleute, Beamte, Schreiber als früher. Zweitens ist in der Landwirtschaft und dem alten Handwerk ein erheblicher Teil der menschlichen Muskelkraft durch die Kraft der Maschine ersetzt worden. Drittens endlich, und das ist das Wichtigste, hat sich die ganze Masse der industriellen Arbeiter erst gebildet. Von dieser großen Menschenklasse, die heute in Deutschland fast die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, hat der größte Teil keine schwere Muskelarbeit zu leisten, sondern ist sitzend tätig; oder es wird die Arbeit von der Maschine geleistet und der Mensch hat die Maschine lediglich zu beaufsichtigen und zu lenken. Während ehemals nur ein kleiner Teil der Männer der ersten Kategorie angehörte und die Masse des Volkes schwere und schwerste Muskelarbeit leistete, ist das heute anders geworden, und damit mußte sich auch die Nabrung ändern. Schon auf dem Lande wird heute im ganzen weniger gegessen als vor einem Menschenalter, dafür eine eiweißreichere Kost, und in den Städten muß heute der Durchschnitt der Bevölkerung sich so nähren, wie früher nur die gebildeten und wohlhabenden Klassen. Es ist nicht ‚Begehrlichkeit‘ und Genußsucht der Arbeiter, wenn sie sich einen reichlicheren Genuß von Fleisch, Milch, Eiern usw. zu verschaffen suchen, sondern ein derartiges Verlangen ist physiologisch begründet. In den Ländern mit der älteren Industrieentwicklung, in England und Nordamerika, ist denn auch der Fleischgenuß der Arbeiter ein sehr reichlicher. Das Zurücktreten von Brot und Kartoffeln in der Kost, die großen Mengen von Fleisch, Butter, Sahne, Milch fallen jedem Europäer auf, der nach den Vereinigten Staaten kommt.“ „Wir befinden uns vor dem Kriege in Deutschland offensichtlich auf dem Wege zu der neuen, für das Maschinenzeitalter richtigen amerikanischen Ernährung. Die Umstellung ist verlangsamt worden, einmal durch Schutzoll und Einfuhrerschwerung des Fleisches, andererseits durch das Festhalten an überliefereten Gewohnheiten und Geschmackrichtungen.“ „Das deutsche Volk muß sich (jetzt) ernähren wie vor zwei Menschenaltern, da es noch zum größten Teil aus Bauern, Landarbeitern und Handwerkern bestand. Und es soll dabei die hochwertige Arbeit leisten, die das Zeitalter der Maschinen und der Großstädte von ihm verlangt.“

„Das Fleisch ist gewissermaßen das Wahrzeichen der neuen Zeit in der Ernährung geworden.“ Und es ist in der Tat erstaunlich, mit welcher Energie das deutsche Volk den notwendigen Fleischbedarf, den es in der Inflationszeit einbringen mußte, sich wieder eroberte. Verbrauch der Fleisch- pro Kopf der Bevölkerung 1923 nur 22 Kilogramm, so schnellste er 1924 bereits auf 41 Kilogramm und näherte sich damit dem Friedensstande von 52 Kilogramm. Durch diese hoffnungsvolle Entwicklung macht die Zolltarifvorlage der Regierung einen dicken Strich; gerade das Wahrzeichen der neuen Zeit, gerade das Fleisch wird durch sie am schärfsten getroffen, wie die folgende Tabelle zeigt:

Lebensmittel	Verbrauch der Familie in vier Wochen	Preis der Ration im Mai 1925 in Berlin	Jährliche Mehrausgabe durch Zolltarif	
			M.	Proz.
Brot	40	16,—	28,20	13,5
Malzbrannt	4	3,40	4,60	10,4
Getreidemehl	4	2,08	4,09	15,1
Getreide	1,833	0,95	0,91	7,4
Malzgerst	1,833	1,10	2,03	18,4
Malzweizen	1,833	0,95	1,98	12,8
Getreide	1,833	1,25	0,95	5,8
Getreide	1,833	0,90	0,95	7,4
Getreide	1,833	1,10	0,95	6,6
Kartoffeln	20	5,23	7,05	10,8
Gemüse (Roh)	15	4,50	7,90	15,8
Rindfleisch	3,5	7,88	20,50	20,0
Schweinefleisch	1,5	2,70	8,90	25,0
Lammfleisch	1	2,—	5,85	22,5
Gesch	0,5	1,48	2,34	12,2
Fleischwaren	2	4,80	11,70	18,8
Butter	2	7,90	7,80	7,8
Margarine	2	3,10	7,90	19,2
Schmelzwurst	2,25	4,05	3,65	6,9
Eier	1,75	3,13	6,83	16,8
Salzheringe	1,5	1,07	0,61	4,4
Zucker	3,5	2,31	4,55	15,0
Wasser (Eis)	28	3,36	1,32	3,1
Sojamilch (Eier)	35	9,45	6,82	5,6
Kaffeeersatz	1,25	0,65	1,63	19,3
Insgesamt		91,44	149,91	12,6

Die Tabelle gibt in der ersten Spalte die Mengenverhältnisse an, die das Statistische Reichsamt für den vierwöchentlichen Verbrauch einer minderbemittelten Familie von fünf Köpfen annimmt, in der dritten Spalte die absolute Erhöhung, die bei vorsichtiger Zugrundelegung des Zolltarifs eintreten muß. Diese Zahlen sind bereits in Nr. 27 der „Gewerkschaftszeitung“ veröffentlicht worden. Um hieraus die relative Verteuerung der einzelnen Lebensmittel zu berechnen, sind in der zweiten Spalte die Geldbeträge eingesetzt worden, die im Durchschnitt des Monats Mai 1925 für die einzelnen Posten der Ration angelegt werden mußten, und zwar nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, da Durchschnittszahlen für das Reich nicht vorhanden sind.

Das Dreizehnfache dieser Geldbeträge ergibt die jährlichen Aufwendungen, die Gegenüberstellung mit Spalte 3 die prozentuale Steigerung der einzelnen Lebensmittel, die demnach bei Fleisch mit 20 bis 25 Proz. die höchsten Beträge erreicht.

Diese Tabelle ist auch in anderer Hinsicht aufschlußreich. Fügt man nämlich zum Bierwogenverbrauch noch 0,250 Kilogramm Kaffee, 1 Kilogramm Kakao und 2 Kilogramm Speisesalz, die im Mai 1925 in Berlin 1,84 M. bzw. 3 M. bzw. 0,28 M. kosteten, so hat man das gesamte Ernährungsschema des Statistischen Reichsamts mit 96,56 M. oder jährlich 1255,28 M. Da das Statistische Reichsamt auf Grund alter Haushaltsrechnungen aus dem Jahre 1907 und unter Berücksichtigung der gesunkenen Lebenshaltung der Nachkriegszeit die Ausgaben für Ernährung auf 54,77 Proz. der Gesamtausgaben schätzt, so ergibt sich für die Lebenshaltungskosten einer minderbemittelten Familie ein Betrag von nicht weniger als 2292 M. im Jahr. Diese Zahl ist aber noch zu niedrig gerufen, wenn man berücksichtigt, daß das Reichsamt im Wertigkeitsschema für die Ernährung zwar den Kalorienwert und den Eiweißgehalt nach dem neuesten Stande der Wissenschaft in Ansatz bringt, von der Aufnahme des infolge seines hohen Vitamingehaltes für die Ernährung besonders wichtigen Frischhobstes sowie von Salat aus praktischen Gründen absehen mußte. Ebenjowenig sind die Beträge für Steuern und Soziallasten mitenthalten. Dieser demnach sicherlich zu geringe Betrag von 2292 M. im Jahr entspräche einem Stundenlohn (bei 300 Arbeitstagen und achtstündiger Arbeitszeit) von 95,6 Pf. Dieser Lohnsatz wird aber, wie die Tariflohnstatistik des I.D.G.B. sowohl als auch die Tariflohnauflistung des Statistischen Reichsamts im zweiten Jahrestheft von „Wirtschaft und Statistik“ ergibt, in nur wenigen Industrien gerade von den Spitzenarbeitern, in den meisten nicht einmal von diesen erreicht.

Es steht also fest, daß das jetzige Lohn Einkommen bei weitem nicht zur Bestreitung der Kosten zureicht, die für eine noch so bescheidene und dürftige Lebenshaltung unumgänglich notwendig sind. Da die übrigen Lebensbedürfnisse schon äußerst knapp gerechnet sind, da die Wohnungsmiete andauernd wachsende Beiträge verschlingt, muß bereits jetzt das unzureichende Einkommen sich in einer gesundheitsgefährdenden Einengung des Lebensmittelbedarfs äußern. Der drohende Zolltarif, der allein die notwendige Nabrung um mindestens 150 M. verteuern wird, muß demnach geradezu verheerend wirken. „Das deutsche Volk muß sich ernähren wie vor zwei Menschenaltern, da es noch zum größten Teil aus Bauern, Landarbeitern und Handwerkern bestand. Und es soll dabei die hochwertige Arbeit leisten, die das Zeitalter der Maschinen und der Großstädte von ihm verlangt.“ Nicht nur die jetzige Generation wird schweren Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, wenn der Zolltarif zum Gesetz wird, auch dem zukünftigen Leben droht Gefahr. Mit klaren Worten sprechen es Kestner und Knipping aus: „Wenn ein Volk oder eine Schicht eines Volkes irgendwie hungert oder unterernährt ist, sind es immer zuerst die Mütter, die leiden.“

Neue Wohnungsmieten und Mietsteuer

Zu dem planmäßigen Raubzug auf die Taschen der breiten Massen durch die Wucherzollvorlage gefeilt sich würdig die gesetzliche Mietpreisbildung. Im Steuerauschuß des Reichstages wurde beschlossen: Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitsmäßig fest. Dieser Beschluß wäre zu begrüßen, weil dadurch die willkürliche Festsetzung der Mieten, wie wir sie in der Zusammenstellung in Nr. 47 des „Korr.“ unsern Lesern vor Augen führten, aufgehoben würde. Aber der Beschluß sagt weiter: Am 1. April 1926 müssen die Mieten mindestens 100 Proz. der Friedensmiete betragen. Da fragt sich jeder sofort, warum die Mieten mindestens 100 Proz. betragen müssen? Ist das nicht auch ein Raubzug gerade auf die Taschen der Arbeiterschaft? Es bietet wenig Trost, daß der Steuerauschuß bestimmt hat, 15 bis 20 Proz. der Friedensmiete sollen für den Wohnungsbau verwendet werden, wenn zugleich gesagt wird, daß die Länder gezwungen werden sollen, 20 bis 30 Proz. der Friedensmiete als Mietsteuer zur Deckung ihrer allgemeinen Ausgaben zu erheben. Immer wieder ist darauf hingewiesen worden, daß die Finanzwissenschaft seit jeher die Mietsteuer als das Muster einer ungerechten Steuer angesehen hat, und trotzdem schreckt die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses nicht davor zurück, in so hohem Maße die Länder und Gemeinden auf diese Steuer zu verweisen. Natürlich weiß man, warum man das tut. Werden die Ausgaben von Staat und Gemeinden zum großen Teil durch die Mietsteuer gedeckt, so kann dafür der Geldbeutel der Bestehenden geschont werden, dann braucht man bei der Einkommensteuer, der Vermögensteuer, der Grundsteuer und der Gewerbesteuer lange nicht so scharf zugreifen. Dem deutschen Volke wird hier das allerliebste Steuerunrecht angetan. Das Reichsfinanzministerium hat aber Geschmack an der Mietsteuer gefunden und will sie weiter als Finanzausgleichsobjekt nutzen. Zu der Finanzausgleichsfrage macht das Reichsfinanzministerium folgende Rechnung auf: Von der Friedensmiete sollen 40 Proz. dem Hauseigentümer, 5 Proz. für Hypothekenzinsen, 10 Proz. für Aufwertung der Hypotheken, 5 Proz. für Aufwertung des eignen Kapitals, also insgesamt 60 Proz., dagegen 10 Proz. für den Wohnungsbau und 30 Proz. für den Verbleib der Länder und Gemeinden verbleiben.

Dabei ist es noch sehr fraglich, ob diese 20 bis 30 Proz. Friedensmiete, die nach dem Beschluß des Steuerauschußes als Steuer den Gemeinden bzw. Ländern zufallen sollen, dort erhoben werden, wo die Hausagrarier mit ihren Gewinnskumpen die Mehrheit haben. Denn wird diese Steuer nicht von den Ländern erhoben, so verbleibt den Haus-

besitzern dieser Betrag; denn die Mieter müssen die volle reichsgesetzlich festgelegte Miete bezahlen! Der ganze Skandal aber offenbart sich erst, wenn man den Wortlaut dieses Beschlusses liest, soweit er die Steuer betrifft.

Die Länder und nach näherer Bestimmung des Landesrechts die Gemeinden erheben von dem bebauten Grundbesitz eine Steuer. Zu dem bebauten Grundbesitz im Sinne dieser Verordnung gehören auch gewerblich genutzte sowie landwirtschaftliche Gebäude. Die Länder treffen Bestimmung darüber, ob und inwieweit landwirtschaftliche Gebäude von der Besteuerung auszunehmen sind. Das Einkommen der Steuer soll zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden sowie zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens dienen. Der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dürfen bis zur Erreichung der vollen Friedensmiete nicht weniger als 20 vom Hundert und nicht mehr als 30 vom Hundert der Friedensmiete vorbehalten werden. Erhöht sich die Miete über die Friedensmiete hinaus, so darf von dem Mehrertrage der Miete höchstens ein Fünftel für den allgemeinen Finanzbedarf beansprucht werden.

Soweit die Steuer nicht gemäß dem Vorstehenden der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes vorbehalten ist, soll sie zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens verwendet werden. Für diese Zwecke müssen zunächst in den zwei Jahren vom 1. April 1926 bis zum 31. März 1928 jährlich mindestens fünfzehn bis zwanzig vom Hundert der Friedensmiete zur Verfügung gestellt werden. Für die spätere Zeit wird der Mindestsatz für diese Zwecke von der Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichstages, festgesetzt.

Durch die Mieten müssen außer der Steuer mindestens die Betriebs- und Instandhaltungskosten, die nach den bestehenden Verhältnissen zur Erhaltung des Gebäudes erforderlich sind, einschließlich der Verwaltungskosten gedeckt werden. Den Eigentümern ist ferner in der Miete zur Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und des Eigenkapitals der Betrag zu belassen, mit dem eine vor dem 1. Januar 1918 eingetragene aufgewertete Papiermarkhypothek zu verzinsen wäre, deren Nennbetrag dem Friedenswerte des Grundstücks entspricht; für die Höhe der Verzinsung gilt der in der Dritten Steuernotverordnung vorgeschriebene Zinssatz; die Länder setzen für diesen Betrag einen bestimmten Hundertsatz der Friedensmiete in der Miete fest.

Die Länder treffen Bestimmung darüber, ob und inwieweit landwirtschaftliche Gebäude von der Besteuerung auszunehmen sind! Also außer den Liebesgaben durch Kuchenzölle auch hier wieder Extraliebessgaben an die Agrarier auf Kosten der großen Masse! Und unverblümt ist in dem Wortlaut des Beschlusses bereits gelaut, daß die Miete über die Friedensmiete hinaus erhöht werden kann, wobei man beschneiden nur ein Fünftel für den allgemeinen Finanzbedarf beansprucht. Je höher also die Mieten geschraubt werden, um so besser für die Hauskassier, desto mehr verdienen sie bei dem Wucherergeschäft. Noch sind diese Beschlüsse nicht Gesetz, aber es ist außer allem Zweifel, daß sie Gesetz werden!

Schon jetzt haben wir gesetzliche Vorschriften über die Verwendung der heutigen Hauszinssteuer. In der „Wohnungswirtschaft“, der von der Deutschen Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter herausgegebenen Zeitschrift, lesen wir folgendes darüber:

Der nach § 11 der Preussischen Steuernotverordnung aus dem Anteil an Hauszinssteuerauskommen gebildete preussische Wohnungsfürsorgefonds soll vorwiegend dazu dienen, die Wohnungsbautätigkeit in den Gebieten zu fördern, in denen aus besonderen Gründen der Wohnungsbedarf nennenswert stärker ist als in andern Bezirken, oder in denen die Wohnungsbautätigkeit mit dem den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zur Verfügung stehenden Anteile am Hauszinssteuerauskommen nicht hinreichend unterstützt werden kann. Demgemäß kommen für die Überweisung von Mitteln aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds in Betracht: 1. Gemeinden (Gemeindeverbände), in denen infolge der Zuwanderung von Flüchtlingen eine über den allgemeinen Wohnungsmangel hinausgehende Wohnungsnot entstanden. 2. Gemeinden, in denen der durch die eigne Bevölkerung bedingte Wohnungsbedarf durch fremdländische Befahrung — auch bei Berücksichtigung der vom Reiche geschaffenen Entlastung — verstärkt worden ist. 3. Ländliche oder Vorortgemeinden (Gemeindeverbände), in denen durch den Zugang von Familien aus größeren oder großen Städten (Umiedlung) ein Wohnungsbedarf entsteht, dem mit dem für die Neubautätigkeit bestimmten gemeindlichen Anteile am Hauszinssteuerauskommen nicht Rechnung getragen werden kann. Im übrigen wird es als wünschenswert bezeichnet, auch solche Gemeinden mit Mitteln aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zu bedenken, die ihrerseits in besonderem Maße den Nachbau, vor allem in der Form der zusammenhängenden Siedlung, fördern. Dabei ist es nicht von entscheidender Bedeutung, ob es sich nur um kleinere Gemeinden oder auch um größere oder große Städte handelt.

Wie zum Teil mit den öffentlichen Baugeldern verfahren wird, haben wir ja ebenfalls an einem Beispiel in Nr. 47 des „Korr.“ gezeigt. Wir haben wenig Hoffnung, daß es nach den neuen Bestimmungen viel besser werden sollte, zumal wir uns des Einbruchs nicht erwehren können, als ob die ganze Kampagne nur im Interesse der unzufriedenen Hausbesitzer und der mit ihnen verquideten und versippten Hypothekenbesitzer zum Schaden der Volksmassen unternommen wird. Gewiß, es soll nicht bestritten werden, daß gebaut worden ist. Der Reichsarbeitsminister Brauns hat ja die Zahlen im Wohnungs- und Siedlungsausschuss des

Reichstages genannt. Der Zugang an Wohnungen betrug 1919 über 56 000, 1920 103 000, 1921 131 000 und 1922 140 000 Wohnungen im Jahre. 1923 kam infolge der Inflation ein Rückgang auf 118 000. Für 1924 liegt die Zahl noch nicht vor, aber die Bautätigkeit ist infolge des Kapitalmangels stark gehemmt worden, so daß kaum mehr als 1923 gebaut worden ist. Die Erhebungen in den Ländern haben einen Fehlbetrag von 10 bis 11 Millionen auf 1000 Einwohner ergeben. Auf das Reich ungeschätzt ist das ein Fehlbetrag von mindestens 600 000 Wohnungen. Ein jährlicher Neubaubedarf von wenigstens 150 000 Wohnungen ist vorhanden. Der Gesamtaufschub für diese 150 000 Wohnungen würde 900 Millionen betragen. Zur Verstärkung der Bautätigkeit müssen eine Verbesserung des Kapitalmarktes und eine Verbilligung der Baukosten eintreten. Das Reichsarbeitsministerium sieht ein, daß der Wohnungsbau durch den Finanzausgleich unter den Schlitten kommt, und deshalb rief der Arbeitsminister Brauns den Wohnungsausschuss und die Fraktionen des Reichstages um Hilfe gegen den den Wohnungsbau hemmenden Finanzausgleich an.

Was nutzen alle schönen Sprüche und Absichten der Regierungsvertreter, wenn systematisch die Sabotage der Unternehmer, der Besitzenden einsetzt! Die Bauarbeiter sperrt man aus, wenn sie einen für sie nur einigermaßen zugunsten des Schlichters Spruchs herbeiführen. Das beweisen die neusten Vorgänge, besonders in Sachsen, aber auch in andern Landesteilen. Zu gleicher Zeit kann man feststellen, daß die wichtigsten Baustoffe wesentlich stärker im Preise gestiegen sind als die Bauarbeiterlöhne. Ziegelsteine sind am meisten verteuert, obwohl gerade die Löhne der Ziegelerbeiter zu den niedrigsten gehören, die überhaupt gezahlt werden. Wo in Wirklichkeit die Ursache der Verteuerung des Wohnungsbaues zu suchen ist, zeigt folgende Zusammenstellung der Preissteigerungen im Baugewerbe seit 1914, die wir dem „Vorwärts“ entnehmen: Bauarbeiterlohn 35 Proz., wobei die verkürzte Arbeitszeit berücksichtigt ist, Portlandzement 42,5, Ziegelsteine 70,5, Stüdenzeit 21,3, Bauholz aller Sorten 50, Baueisen 25 Proz. Seit Jahren hält der für den Wohnungsbau verantwortliche Reichsarbeitsminister Reben gegen die hohen Baustoffpreise. Jahreslang hat sich der Wohnungsausschuss des Reichstages mit der Frage beschäftigt, wie die Baukosten zu senken seien. Zahlreiche Sachverständige sind wegen der hohen Baustoffpreise vernommen worden. Noch bei der diesjährigen Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums hat selbst der deutsche nationale Abgeordnete Behrens im Hauptausschuss geklagt über die spekulative Höhe der Baustoffpreise. Auch die bayerische Regierung hat durch ihren Vertreter erklärt, daß die Baustoffpreise eine erstaunliche Höhe erreicht hätten und der Baustoffwucher ihr die größten Sorgen bereite. Trotzdem haben die ersten Beschlüsse des handelspolitischen Ausschusses im Reichstag mit der Annahme von Zollpositionen geendet, die eine weitere Verteuerung des Bauens herbeiführen müssen. Gebrannter Kalk, der bisher frei eingeführt wurde, wird mit einem Zollsatz von 20 Pf. für den Doppelzentner belastet. Der Zoll für rohe Schieferplatten wird von 1,25 auf 1,50 M. erhöht. Der Zollsatz für Zement wird verdreifacht, von 50 Pf. auf 1,50 M. pro Doppelzentner.

Wirken sich die hohen Baustoffpreise aus, so wird man natürlich wieder die Verteuerung des Bauens auf die Arbeiter, auf ihre „zu hohen Löhne“ und auf die achtstündige Arbeitszeit zurückführen. Indessen aber diktiert die großen Syndikate und die zu Preisringen zusammengeschlossenen Händler die Baustoffpreise. Schon jetzt ist der Baustoffindex 180 im Verhältnis zu 100 in Friedenszeiten. Eine Dreizimmerwohnung, die vor dem Kriege 5000 M. kostete, ist jetzt nicht unter 9000 M. zu erstellen. Das bedeutet für die Dreizimmerwohnung eine Jahresmiete von 1350 M. oder das Vierfache der Friedensmiete. Da solche Mietpreise nicht zu erschwingen sind, ist noch auf lange Zeit hinaus das öffentliche Zuschußwesen erforderlich. Wer aber bringt diese Zuschüsse auf? Die Massen im Lande durch die Hauszinssteuer, von der allein die Landwirte befreit sind. Könnte man die Baukosten auch nur um ein Viertel senken, so würde man statt jetzt jährlich 187 000 etwa 250 000 Wohnungen unterflücken können. Steigen die Baukosten, wie es bei den jetzt in Aussicht gestellten Zollsätzen selbstverständlich ist, so gibt es nur eine Wahl: entweder weniger Wohnungsbauaufschub und damit größere Wohnungsnot oder höhere Hauszinssteuer. Beide Möglichkeiten sind ein Schlag gegen das Volkswohl. Die Verteuerung des Bauens hat größere Gefahren, als die Verteuerung jedes andern Erzeugnisses. Die zu hohen Preisen erstellen und hoch belasteten Häuser können nicht durch billigere ersetzt werden, wenn einmal in zwanzig oder dreißig Jahren ein Rückgang der Baustoffpreise eintritt. Die teuren Häuser stehen da und wollen auf immer verzinst werden.

Wenn man angesichts dieser Verteuerung, die ein Bauen von Wohnungen verhindert, liest, daß in Berlin ein „Haus am Tiergarten“, ursprünglich als Mehrpalast gedacht, jetzt als Ausstellungshaus dienend, äußerst luxuriös eingerichtet wurde, dann bleibt einem fast der Verstand stehen. Der ganze Bau besteht nur aus echtem Material. Die Säulen zum Beispiel sind wie der Fußboden und die Treppen aus griechischem Marmor, die künstlerischen Beleuchtungskörper aus getriebenem Messing. Die Telephonzellen sind in Nußbaum gehalten. Die Terrasse im ersten Stockwerk ist mit einem kunstvollen Gitter versehen; im dritten Stock befindet sich ein kleiner Oberkassal mit einer Galerie, zu der man vom vierten Stock gelangt. Das Dach schließlich ist kupfern und erwartet von der Zeit die grüne Patina. Natürlich müssen solche Luxusbauten von den Konsumenten mitbezahlt werden! Deshalb erscheint es unverständlich, wenn der „Vorwärts“ kommentiert: „Wirklich das Ganze auch etwas zu kostbar, es muß anerkannt werden, daß sich die Erbauer doch vornehmer Einfachheit befleißigt haben, die wenigstens nicht den

Gedanken an überladenen Brunt aufkommen läßt.“ Wir meinen, solche Luxusbauten sind angesichts der 600 000 fehlenden Wohnungen ebenso unsinnig, als wenn der Reichstag zum Erweiterungsbau des Stadions im Grunewald bei Berlin eine Million Mark bewilligt, wie es leider geschehen ist.

Auch noch ein andres Problem drängt sich hierbei auf; das ist der Wohnungswucher, besonders in den Großstädten, wobei auch oft genug Hausbesitzer ihre Hand im Spiele haben. So berichtet z. B. das „Berliner Tageblatt“:

Zu wiederholten Malen ist es vorgekommen, daß Hausbesitzer gegen einen Mieter, der eine sogenannte „beschlagnahmefreie“ Wohnung innehatte, unter allen möglichen Gründen mit einer Räumungslage vorgingen und dank der unklaren Judikatur der Gerichte in bezug auf Wohnungsangelegenheiten recht bekamen. Immer wieder hat es sich ereignet, daß Hauswirte Mietwohnungen in ihren Häusern in gewerbliche Räume umzuwandeln konnten und auf diese Weise den Wohnungsmangel nicht nur erheblich verschärfen halfen, sondern auch wucherische Mieten erhielten. Endlich sind die Amtsmethoden der Wohnungsämter, wie es auch an dieser Stelle zu wiederholten Malen dargestellt wurde, keineswegs einwandfrei und in vielen Fällen einer scharfen Kritik bedürftig. Beschlagnahme Wohnungen werden monatelang leer stehen gelassen zum Schaden des Vermieters, unzulässig erfolgte Beschlagnahmen werden nicht aufgehoben, es erfolgen Einweisungen von Mietern, ohne deren Würdigkeit genau nachzuprüfen und es werden Mieter nach höchst bürokratischen Gesichtspunkten aus Wohnungen rigoros exmittiert. . . . Wer bis jetzt eine beschlagnahmefreie Wohnung mieten wollte, mußte Abstand zahlen. Die Preise schwankten zwischen 1000 und 5000 M. Die Abstandszahlungen wurden nicht etwa für neue Wohnungen als Baukostenaufschlag verlannt, sondern ebenso für alte Wohnungen. . . .

Um aber dem in letzter Zeit überhand nehmenden Wohnungswucher entgegenzuwirken, hat jetzt der Reichswohlfahrtsminister eine Anordnung getroffen, die besagt, daß die Gemeinden, die einem Wohnungsberechtigten ein Verfügungsrecht über freiwerdende oder freigewordene Wohnungen eingeräumt haben, verpflichtet sind, solche Wohnungen, oder Teile solcher Wohnungen, für deren Überlassung Vermögensvorteile (d. h. Abstandsummen) irgendwelcher Art, neben der gesetzlichen Miete, zugunsten des Wohnungsberechtigten oder eines andern gefordert, vereinbart oder gewährt werden, zu beschlagnahmen und einem Wohnungssuchenden zuzuweisen. Wir glauben kaum, daß diese Verordnung irgendwie wesentlich Wandel schaffen kann; denn daß zwischen dem Hausbesitzer und dem die Wohnung anbietenden Mieter bereits eine Abmachung besteht, wird kaum nachzuweisen sein. Und das „Berliner Tageblatt“ hat schon recht, wenn es sagt: „Die neue Verordnung des Wohlfahrtsministers wird wohl kaum grundlegenden Wandel schaffen können. Ähnlich wie zur Zeit der Fleischnot das Schwarzschlachten“ an der Tagesordnung war, wird jetzt das Schwarzvermieten“ einsehen. Immerhin können einige exemplarische Strafen ein weiteres Überhandnehmen dieses neuartigen Wohnungsgeschäfts wirksam verbüten. Wir erwarten deshalb von den Behörden, daß sie mit aller Energie rücksichtslos durchgreifen. Eine endgültige Abhilfe kann allerdings erst dann wirksam werden, wenn die Kommunen, Länder und Staat die nötigen Mittel für den Wohnungsneubau aufbringen, der allein imstande ist, die Wohnungsnot mit ihren üblen Begleiterscheinungen zu beseitigen.“ Doch sollte dieses Aufbringen der Mittel nicht auf Kosten der breiten Massen der erwerbstätigen Bevölkerung geschehen, wie das in den Beschlüssen des Reichstagsausschusses in bezug auf Meißener und andre antisoziale Abgaben geschehen ist. Dagegen müssen die Arbeiter energisch protestieren! So manchem Arbeiter werden vielleicht bald die Augen übergehen, und er wird mit Schreden daran denken, daß auch er mit daran schuldig ist, weil er bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften den falschen Stimmzettel schon seit Jahren abgegeben hat.

Kampf dem Wucher!

Wir Buchdrucker haben einen Lohnstarif bis Ende des laufenden Jahres abgeschlossen und damit dem Buchdruckunternehmertum Ruhe und Frieden für diese Zeit garantiert. Die Gegenleistung, daß nämlich auf dem Gebiete der Lebensführung keine wesentliche Verteuerung während des kommenden Halbjahres eintritt, ist durchaus nicht vorhanden. Die Lebensmittelpreise ziehen an ohne Begründung, den Bäckern und Fleischern geht's gut (obwohl das Schlachtvieh bei den Bauern nicht teurer bezahlt wird), die Grünwaren haben Rekordpreise, ausgerechnet jetzt, wo die Natur in reicher Fülle spendet. Wirtschaftskämpfe ringsumher! Der gegenwärtig tobende Kampf im Baugewerbe ist naturgemäß ein Schlag gegen die Wohnungswirtschaft, gegen Siedlungs- und Bau-genossenschaften. Obwohl die Arbeiterforderungen auf Grund der unkontrollierten Preisgestaltung ihre Berechtigung haben, dürfte beispielsweise bei Erfüllung der Forderungen eine im Bau befindliche Wohnung bis zu 1000 M. Mehrkosten erfordern und eine Reichsheimsstätte mithin mindestens 100 M. mehr Zahreszins. Woher nehmen? Wo bleibt die Erfüllung des § 155 der Reichsverfassung? Als weitere drohende Belastung der werktätigen Massen stehen Agrar- und Industriezölle in Aussicht, die eine Parlamentsmehrheit durchsetzen will, die uns den „Ketter“ bringen wollte. . . . Chaos und Ausbeutung!

Was ist nun aus vorstehenden Tatsachen zu folgern? Mit dem System der bloßen Lohnverhöhung kommen wir nicht weiter, im Gegenteil. Lohnverhöhungen sollten das steigende Kulturbedürfnis befriedigen, der Arbeiter ein Mehr verbuchen können. Technik und Wissenschaft sollten

doch für die Allgemeinheit Früchte tragen! Die Jahre nach 1918 dürften wohl nicht ohne jede Erkenntnis entronnen sein: Preissteigerung, Lohnverhöhung, Inflation, Elend — in konsequenter Reihenfolge. Die gewerkschaftliche Macht ist erlöst, der Parlamentarismus in Mißkredit geraten. Die gegenwärtige Zeit würde ein Eingreifen der Gewerkschaften in wirtschaftspolitische Dinge vorgezeichneter Art vollauf rechtfertigen.

Für Entzug bzw. Stabilhalten der Preise, für behördliche Kontrolle und strenge Strafen für Wucher, gegen Zölle und Steuerunrecht, für § 155 der Reichsverfassung sollte die gewerkschaftliche Macht mit aller Schärfe eingesetzt werden, was zweifellos viel Sympathie finden und schließlich auch Erfolg haben dürfte. Warum nicht mal Streik für Preisenkung? Mit der „wohllöblichen“ Prüfung der ja ganz guten Eingaben des ADGB, die „wohllöblich“ zu den Akten gelegt werden, wird wenig erreicht. Wenn Sturm gegen den Wucher gelaufen werden soll, dann wird die Arbeiterschaft die Gefolgschaft nicht verjagen. Es wäre daher zu begrüßen, wenn der große Generalstab der Arbeiterschaft nach dieser Richtung zu einem energischen Kampfe aufzurufen würde!

Burgstädt i. S. a.

R. R.

Korrespondenzen

Göttingen. Eine gutbesuchte Bezirksversammlung fand hier am 28. Juni im Gewerkschaftshause „Volkshaus“ statt. Verbunden war damit ein Bezirksjohannistag, das schon am Sonnabendabend mit einem ausgelungenen Kommerz eingeleitet wurde und wozu sich schon eine Anzahl Bezirkskollegen eingefunden hatte, für die seitens der Göttinger Kollegen Freiquartiere gestellt wurden. Ein vorzügliches Programm sorgte für gute Unterhaltung. Zu der Bezirksversammlung am Sonntagvormittag war unser Gauvorsteher Pjinsten (Hannover) erschienen, der uns mit einem Vortrag über „Gewerkschaftliche Gegenwartsaufgaben“ erfreute. Von der Neuwahl des Reichspräsidenten anzählte er all' die Punkte auf, bei denen die Gewerkschaften auf der Hut sein müßten, damit ihnen nicht die Errungenschaften der neuen Zeit wieder entzogen werden, besprach die Frage der Organisationsform, streifte das Arbeitslosenproblem und die Forderung der Arbeitslosenversicherung, wandte sich dann den Steuerungsrechten und dem Gewerkschaft der brotverleuernden Schutzgöllner zu und forderte die Mitglieder auf, sich das Geschehen in der Politik und die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses angelegen sein zu lassen. Mit dem Aufruf zur Mitarbeit an allen organisatorischen Fragen, regen Versammlungsbesuch und Heranbildung überaus guter gewerkschaftlicher Schloß Kollege Pjinsten seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Die Geschäftslage im Bezirk ist gut, der Mitgliederstand beträgt rund 250. Leistungszulagen werden in einzelnen Fällen bis zu 9-10 M. gezahlt. Die Sterbefälle brauchte im letzten Jahre nicht in Tätigkeit zu treten. Die Lehrlinge sind fast alle in der Lehrlingsabteilung zusammengefaßt. Von einer Druckerei in Duderstadt und einer in Herzberg war zu berichten, daß die Lehrlingszahl weit überschritten war und die betreffenden Vertrauensleute ihrer Pflicht nicht genügt hatten. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Osterode a. Harz gewählt. — Am Nachmittag fanden sich dann in dem geräumigen Garten des „Volkshaus“ alt und jung des Buchdruckerölkens zum gemeinschaftlichen Johannistag zusammen, das bei Konzert und allerlei althergebrachten Unterhaltungen einen guten Verlauf nahm. Abends schloßen sich dann im Saal Kinderreisen, Ballettvorführungen, Gesangsvorträge usw. und — last not least — die Pulldigung Terpsichores an, so daß es überall eitel Lust und Freude gab.

Halle a. d. Saale. (Vierteljahrsbericht.) Am 2. April fand in der Torfschule ein Lichtbildvortrag über das Offsetdruckverfahren statt, den ein Vertreter der Dresden-Leipzig Schnellpressenfabrik in Coswig hielt; der Vortrag enttäuschte insofern, als nicht das eigentliche Druckverfahren, sondern nur die Maschinen und die einzelnen Abteilungen, in denen diese hergestellt werden, vorgeführt wurden. — Die Versammlung vom 28. April fand im Zeichen der Maifeier; in einer vorher stattgefundenen Betriebsratssitzung war festgelegt worden, eine Urabstimmung vorzunehmen und, falls zwei Drittel der Kollegen für Arbeitsruhe stimmten, diese allgemein eintreten zu lassen; bei der Abstimmung fehlten 28 Stimmen an der Zweidrittelmehrheit. Trotz dieses Beschlusses war die Beteiligung der Buchdrucker an der Maifeier eine ganz ansehnliche. Ferner wurde beschlossen, das „Korrespondent“-Obligatorium einzuführen: der Wochenbeitrag wird um 10 Pf. erhöht und bei Vorlegung der Postquittung werden 40 Pf. zurückvergütet. — Am 27. Mai fand in der Aula der Talantischule ein Lehrlings- und Elternabend statt, der sehr gut besucht war. Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Gutenberg“ und Deklamationen des Kollegen König jun. verführten den Abend. Unser Gauvorsteher König sprach über „Zweck und Ziele des Verbandes mit seinen Untereinstützungseinrichtungen“, den Wert derselben auch für die Lehrlinge hervorhebend, ferner wies er auf die von den Lehrlingen ermöglichten, sich in ihrem Berufe emporzuarbeiten. Am Sonntagvormittag in Leipzig nahmen 40 Lehrlinge teil, jeder erhielt aus der Ortskasse einen Zuschuß von 2 M. — In der Versammlung vom 28. Mai gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Albert Naß, welcher in den 90er Jahren als Gehilfenvertreter tätig war und auch im Ortsverein verschiedene Ämter bekleidete; die Versammlung ehrte das Andenken desselben in der üblichen Weise. Hierauf berichtete unser Gauvorsteher König über die letzten Lohnverhandlungen und die Gauvorsteherkonferenz. Der Referent schilderte in anschaulicher Weise die

Auffassung der Gehilfen wie der Prinzipale in der Lohnfrage, es so jedem ermöglicht, sich über den Ausgang der Verhandlungen ein eigenes Urteil zu bilden. In seinem Bericht über die Gauvorsteherkonferenz zeigte Kollege König, wie auch auf dem Gebiete des Lehrlingswesens die Buchdrucker wieder Pionierarbeit verrichtet hätten durch die neue Lehrplangordnung, welche er noch näher erklärte und daran seinen Bericht über die andern Verhandlungspunkte knüpfte; eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Infolge Weggangs eines Vorstandsmitgliedes wurde als Beisitzer der Kollege Kurt Borgia gewählt. — Am 27. Juni feierte im „Volkspark“ die Sallische Kollegenschaft das Johannisfest, das bei zahlreicher Beteiligung einen geselligen Verlauf nahm.

Kempten. Die gemeinsame Johannisfeier der Bezirke Kaufbeuren, Kempten und Memmingen, die am 27. und 28. Juni in Kempten stattfand, hatte ein auserlesenes Programm. Der Festabend am Sonnabend im „Kornhaussaal“ wies einen Massenbesuch auf. Die Gesangsabteilung der „Typographia“ und das Orchester unter Leitung des Kapellmeisters und Dirigenten Dom. Kiffel vollbrachten vorzügliche Leistungen in Gesang und Musik und ernteten wiederholt stürmischen Beifall. Ein Prolog zum Gedächtnis an Gutenberg wurde von Fräulein Schabert sehr gut gesprochen. Dierauf folgten ein Männerchor „Gutenberg-Festlied“ und die Festrede des Gauvorstehers H. Hemmerich (München). Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Buchdruckerkunst schilderte Redner die Entwicklung und die Kämpfe seit der Gründung des Buchdruckerverbandes bis auf den heutigen Tag. Auch den zahlreich anwesenden Frauen wurde die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Organisation dargelegt. Anschließend gedachte der Festredner in ehrenvollen Worten den am Orte Kempten sowie den in den drei Bezirken sich befindlichen Kollegen, die sich durch jahrzehntelange Tätigkeit für die Organisation verdient gemacht hatten und schloß mit einem Hoch auf die Jubilare und unsern Verband. Am Sonntagvormittag fand unter zahlreicher Beteiligung die Besichtigung der Offsetdruckerei Nicolaus & Co. statt. Unter sachmännlicher Führung hatten die Teilnehmer Gelegenheit, den Offsetdruck vom Umdruck an bis zur Fertigstellung auf Bogen- und Rollenmaschinen praktisch vorgeführt und erläutert zu sehen. Am Nachmittag fand die Feier im „Dirsch“ in Lenzried bei Musik, Tanz, Gesang und humoristischen Vorträgen ihren Abschluß, und man schied in dem Bewußtsein, genußreiche Stunden in Kollegentreisen verlebt zu haben. Würdig der Feier haben sich die von den Firmen Kiffel & Pustet und Ferd. Döschelhäuser gratis gelieferten schönen Johannisfestdrucksachen angefügt. Beiden Firmen sowie der Firma Nicolaus & Co. sei auch an dieser Stelle bestens gedankt.

Konstanz. Unsere diesjährige zweite Bezirksversammlung, verbunden mit Bezirksjohannisfeier, fand am 28. Juni in dem am schönen Bodensee gelegenen Städtchen Überlingen statt. Der Besuch ließ auch diesmal noch zu wünschen übrig, jedoch waren erfreulicherweise sämtliche Druckorte vertreten. Der inzwischen neugewählte Bezirksvorsitzende Wagenlöbner begrüßte mit kurzen Worten alle Erschienenen, insbesondere den Gauvorsitzenden Sandfort, welcher als Referent zur heutigen Versammlung erschienen war. Der Ortsvereinsvorsitzende von Überlingen, Kollege Kuttler, hieß ebenfalls alle Erschienenen herzlich willkommen und wünschte guten Verlauf des Tages. Dierauf wurde zur Tagesordnung übergegangen und der Bezirksvorsitzende gedachte zunächst der zwei verstorbenen Kollegen, Seherinwalde Robert Simon (Konstanz) und des langjährigen Verbandskassierers Eißler (Berlin). Die Versammelten ehrten beide in üblicher Weise. Sodann ergriß der Gauvorsitzende Sandfort das Wort zu seinem Referat: „Bericht über die letzte Gauvorsteherkonferenz in Berlin“. In gedrängter, aber sehr gut verständlicher Weise entlegte er sich seiner Aufgabe und fand allgemeinen Beifall. In der sich anschließenden Diskussion wurde speziell die lange Dauer des letzten Lohnabkommens kritisiert. In seinem Schlusswort verstand es der Gauvorsitzende, alle Bedenken hiergegen abzufschwächen. Eine eventuell eintretende Teuerung müßte selbstverständlich auch zu einer Erhöhung unser Löhne führen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde betreffs Anstellung eines besoldeten Gaubeamten über einen schriftlichen Antrag, welcher dahin lautete, in Würde einen besoldeten Gaubeamten anzustellen, beraten; der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die sich an die Versammlung anschließende Johannisfeier, zu der sich viele Angehörige der Kollegen eingefunden hatten, nahm einen harmonischen Verlauf.

Kottbus. (Bezirksversammlung der Drucker.) Am 27. und 28. Juni fand in Kottbus nach längerer Pause eine Bezirksversammlung statt, umfassend die Orte Kottbus, Forst, Sorau, Guben usw. In dankenswerter Weise stellten sich die Kollegen Georg Dörband und Beyer (Berlin) als Vortragende zur Verfügung. In der Sonnabendversammlung sprach Kollege Beyer über „Tiefdruck“, indem er die Anfänge desselben und seine Ausbreitung in letzter Zeit sowie die Technik eingehend behandelte. Er forderte schließlich diejenigen Kollegen, denen Gelegenheit geboten sei, das Tiefdruckverfahren zu erlernen, auf diese zu benutzen. Als zweiten technischen Vortrag hielt Kollege Dörband einen solchen über „Die Kreiderelliezurichtung von Lantke & Schwärzler“. Den ausführlichen theoretischen Teil des Vortrages hatten wir Sonnabendabend zu hören Gelegenheit, während am Sonntagvormittag die praktische Vorführung in der Druckerei von Alfred Ritsche in Kottbus stattfand, wofür der Firma für ihr Entgegenkommen besten Dank erstattet sei. Als weitere Tagesordnungspunkte wurden geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Vingen-Meppen. (Bezirk Osnabrück.) Nach langer Kleinarbeit ist es gelungen, unsere beiden benachbarten Druckorte zu einer Mitgliebschaft zu vereinigen. Galt doch das Osnabrück bisher als aller Gewerkschaftsarbeit verschlossen, und nur selten verirrte sich ein Verbandsmitglied in

unsre Gegend. Nachdem schon am 8. Mai unser Gauvorsteher Bingen (Hannover) die erste Versammlung in Vingen herbeiführte, hat nunmehr der Bezirksvorstand die Gründung der Mitgliebschaft am 4. Juni vorgenommen. Nach einem Rundgang durch das idyllisch gelegene Ortsstädtchen Meppen versammelte man sich abends im neuen Vereinslokal. Anwesend waren 14 Kollegen sowie der Bezirksvorsitzende und Kassierer. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen hielt Kollege Verlikius ein gut durchdachtes Referat über „Das Wesen unserer Organisation“, das recht beifällig aufgenommen wurde. Dann erfolgte die Gründung der Mitgliebschaft, die mit einem Hoch auf den Verband das Gelübde bekräftigte, nunmehr als jüngstes Kreis an dem starken Baum treu zusammenzusehen. Nachdem sich dann der Vorstand konstituiert und die Kollegen Eckhoff (Meppen), Demtemeier und Wisse (Vingen) einstimmig in ihre Ämter eingesetzt waren, kam die Fideleitas zu ihrem Recht. Der gutverlaufene Abend wird allen unvergänglich bleiben.

Heidelberg. (Bezirksversammlung.) Am 26. Mai erstattete unser Gauvorsteher Conradi (Mannheim) in einer aufbesuchten Bezirksversammlung den Bericht über das neue Lohnabkommen sowie über die stattgefundene Gauvorsteherkonferenz. In eineinhalbstündigem Referat ging er auf alle Einzelheiten der Lohnverhandlungen ein und zeigte auch die sich oft entgegenstellenden Schwierigkeiten derselben. Sehr interessant waren seine Ausführungen über die Gauvorsteherkonferenz. Berechtigten Stolz erweckte in uns der Bericht über das im Hochbau fertiggestellte Verbandshaus. Kollege Conradi erntete reichen, aufrichtigen Beifall. Die Diskussion war sehr kurz. Die Versammlung erklärte sich mit dem getätigten Lohnabkommen einverstanden und dankte den Gehilfenvertretern für ihre Mühe und Arbeit. Beanstandet wurde nur die lange Dauer des Abkommens. Die Versammlung beschäftigte sich dann noch mit verschiedenen internen Angelegenheiten, u. a. mit dem „Süddeutschen Buchdruckerjüngertag“ in Karlsruhe. Beschlüssen wurde, das Johannisfest in Nedarsteinach abzuhalten. Fünf Neuausgewählte traten von der Lehrlingsabteilung in die Reihen der Gehilfenschaft bzw. des Verbandes über. — Am 21. Juni marschierte am frühen Morgen eine stattliche Anzahl Kollegen mit Frauen und Kindern nach dem herrlich gelegenen Städtchen Nedarsteinach. Der Himmel machte zwar kein freundliches Gesicht. Die Vorsichtigen hatten sich mit Schirmen ausgestattet. Und mit Recht, denn während des dreistündigen Marsches fing es tatsächlich an zu regnen. Aber das Buchdruckerölchen ließ sich keine Sohanisfeststimmung dennoch nicht rauben. Um 11½ Uhr landete man im Restaurant „Schiff“ in Nedarsteinach, woselbst das Mittagessen eingenommen wurde. Um 3 Uhr begann der offizielle Teil. Bezirksvorsitzender Kausch begrüßte die Erschienenen mit freundlichen Worten. Gauvorsteher Conradi hatte sich ebenfalls zu unserm Feste eingefunden; er hielt auch die der Feier entsprechende Festrede, wofür ihm herzlich gedankt wurde. Das Doppelquartett des Arbeitergesangsvereins „Sängertranz“ (Heidelberg) verschönerte das Fest durch seine herrlichen Lieder. Bei Tanz, Quadräteln und sonstiger Unterhaltung verbrann allzu schnell der Nachmittag.

Nürnberg. (Bezirksversammlung und Johannisfest.) Es war ein allmächtiger Griff, daß die Bezirksversammlung mit dem Johannisfest gemeinsam in Schwaabach abgehalten wurde. Einer Wälderwanderung sah die Beteiligung gleich, als die Kollegen nebst Familienangehörigen sich in das „Gasthaus zum Bären“ begaben um dortselbst der Bezirksversammlung beizuwohnen. Saal und Galerie mit Kollegen und deren Frauen überfüllt, wurde die Tagung eingeleitet durch einen prächtigen Chor der „Typographia“. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden Baler nahm der Gauvorsteher Hemmerich (München) das Wort zu seinem Referat über „Gewerkschaftliche Zeitfragen“. In überzeugender Weise schilderte der Referent das Werden des Verbandes, die großen Kämpfe und das Heranwachsen der Organisationskräfte. Der Krieg, Inflationsauswirkungen und die dadurch entstandene Schwächung der Organisationen der Arbeiter steigerten das Machtbewußtsein der Unternehmern. Der Ausgang der Wahlen zu den einzelnen Parlamenten und die Rückwirkung auf den Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes wurden beleuchtet und gegenübergestellt die falsche Berechnung des Unternehmertums auf Niederringung der Gewerkschaften. Wir können eine Gesundung der Gesamtgewerkschaften des DGB. feststellen und hat besonders der Verband der Deutschen Buchdrucker sich voll gestärkt und bildet den sichersten Fort von über 90 Proz. aller Berufsangehörigen. Es war dem Referenten eine ganz besondere Freude, an die Frauen der Kollegen aufmunternde Worte richten zu können. Die vorzüglichen Ausführungen klangen aus in die Aufforderung zur Einheit, Geschlossenheit und Vertrauen zur Organisation. Mit lebhaftem Beifall der Versammelten wurden die Ausführungen des Redners und die Dankeserstattung des Vorsitzenden aufgenommen. Die anschließende Berichtserstattung aus den einzelnen Druckorten zeigte ein Bild rühriger Tätigkeit, so auch der Bericht des Bezirksvorstandes. Der Bericht über die Bezirksklasse wurde gleichfalls gegeben und die Entlastung des Kassierers angenommen. Die nächste Bezirksversammlung soll in Nürnberg stattfinden, um Geld zum Johannisfest 1926 zu sparen. Mit einem Lied und einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die prächtig verlaufene Versammlung geschlossen. Nachmittags wurde das Johannisfest abgehalten. Wenn auch das Wetter nicht freundlich war, so war doch die Stimmung der Teilnehmer eine sehr kollegiale und herzliche. Die gebotenen Belustigungen fanden großen Zuspruch. Gegen Abend schloß sich ein Tanz an. Die Festrede mußte leider unterbleiben, da auf dem Festplatz durch die starken Windverhältnisse eine Verständigung nicht möglich gewesen wäre. Um 10 Uhr führte ein Sonderzug die Teilnehmer nach Nürnberg zurück. Das Bewußtsein besetzte alle, lehrreiche aber auch gemüthliche Stunden verlebt zu haben.

Allgemeine Rundschau

Differenzen in der „Kösliner Zeitung“. Im Verlaufe eines Lohnkonfliktes legte das Personal der „Kösliner Zeitung“ vor einiger Zeit die Arbeit nieder, worauf die Firma, die zum Wiese-Konzern gehört, wohl zu einer Verständigung in materieller Hinsicht bereit war, sich aber weigerte, den Betriebsobmann wieder einzustellen. Infolgedessen kann von einer Beendigung des Konflikts bis zur bestrebendsten Lösung dieser Streitfrage keine Rede sein, so daß jedes Stellenangebot dieser Firma bis zur Aufhebung der Sperre unbedeutend abzulehnen ist.

Zum Verbot der Gutenbergfeier in Mainz. Kollege R. Lütge (Berlin) sandte uns zu diesem Thema u. a. folgende Zeilen: Die Gutenberg-Gedenkfeier in Mainz und die Verbote der Rheinlandkommission bilden eine eigenartige Illustration zur Idee der Völkerverjüngung. Interessant ist deshalb, wie vor 121 Jahren ebenfalls französische Behörden im damals besetzten Mainz sich zu einer Ehrung Gutenbergs stellten. Professor Karl Faulmann, der bekannte verlorene grabhische Schriftsteller, schreibt darüber in seiner „Illustrierten Geschichte der Buchdruckerkunst“ Seite 776: „Am 12. Germinal XI. (6. April 1804) wurde in einer Gesellschaft der Bierzäun in Mainz beschlossen, dem Erfinder der Buchdruckerkunst, Johann Gutenberg, in seiner Vaterstadt Mainz ein Denkmal zu errichten. Der (französische) Minister des Innern gab dazu seine Zustimmung. Im September 1804 kam Napoleon I. nach Mainz und erließ am 7. Oktober ein Dekret, daß in dieser Stadt ein Platz errichtet werde, der den Namen ‚Gutenbergplatz‘ tragen solle. Die Kriege verhinderten die Vorbereitungen für das Denkmal. Ein Jahr später schrieb Professor G. Altkahar Micheletti, ein Neapolitaner: ‚nicht allein Deutschland, nicht allein Europa, sondern die ganze Welt müsse zusammen wirken, Gutenberg ein Denkmal der Dankbarkeit zu errichten.‘ Das letztere hat die Kunst Thorwaldsens ohne Entgelt geschaffen, die Washington-Universität hat die Güsse Gutenbergs eingereicht zu den Männern, die die größten Verdienste um die Menschheit sich erworben. Der große Korsik, Napoleon I., der kein Deutscherfreund war, ehrte das Genie Gutenbergs, die Rheinlandkommission unter General Tirard geht andre Wege. Wo bleibt Völkerverjüngung, Völkerverbund und Sicherheitspakt, wenn man bei dem Andenken eines Mannes, der nie Militär war, den Haß gegen alles Deutsche so offensichtlich bei jeder Gelegenheit zeigt. Den Vergleich zwischen einst und jetzt kann jeder selbst ziehen, die Kollegen am Rhein und an der Saar werden es wohl am besten wissen.“

Das Schicksal der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Die Magdeburger „Volksstimme“ berichtet, daß zurzeit schon sehr weit fortgeschrittene Verhandlungen über den Verkauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die Stinnes gehört, mit den Banken stattfinden, bei denen die Stinnes'schen Erben auch diesen Besitz verpfändet haben. Es sei wahrscheinlich, daß die preussische Regierung sich mit dieser Transaktion noch eingehender beschäftigen wird.

Unfall eines Druckers. Vier Finger der rechten Hand wurden einem Drucker in der Druckerei des Leunawerkes von der im Gang befindlichen Schnellpresse abgequetscht. Wieder ein trauriger Fall, der andern Kollegen zur Warnung dienen kann.

Der Personalbestand bei den Reichsministerien. Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Übersicht über den Personalbestand bei den Reichsministerien, der Reichspost und der Reichsdruckerei vorgelegt. Danach wurden am 1. April 1925 in den Reichsministerien 95 789 Beamte, 21 163 Angestellte und 94 653 Arbeiter beschäftigt. Bei der Reichspost einschließlich der Reichsdruckerei wurde 252 585 Beamte, 3234 Angestellte und 38 447 Arbeiter gezählt. In den Reichsministerien ist gegenüber dem 1. Oktober 1924 eine Personalverminderung um 106 Beamte, 2959 Angestellte und 604 Arbeiter eingetreten. Bei der Reichspost, einschließlich der Reichsdruckerei, zeigte sich eine Vermehrung des Personals um 2424 Beamte und eine Personalverminderung um 535 Angestellte bzw. 11 938 Arbeiter. Die Zahl der weiblichen Beamten und Angestellten beträgt bei den Hoheitsverwaltungen 6973, darunter 108 Beheratete, und 52 882 bei der Reichspost einschließlich der Reichsdruckerei, darunter 112 Beheratete. Unter den Reichsministerien ist das Reichsfinanzministerium mit seinen zahlreichen Landesfinanzämtern der größte Arbeitgeber.

Von der Deutschen Zentralbücherei für Blinde. Die Deutsche Zentralbücherei für Blinde wurde bereits im Jahre 1894 gegründet. Der Vörsenverein der Deutschen Buchhändler bestellte bei der Jahrhundertfeier auch diese Einrichtungen. Im „Vörsenblatt“ berichtete über diese Bestimmung die Leiterin der Bücherei, Marie Lomnik-Klamroth u. a. folgendes: „Das umfangreiche, alle Wissensgebiete umfassende und systematisch eingeteilte Büchermagazin zeigt den Besuchern, daß dem Blinden die Wege zum Studium gebahnt sind, und daß für den blinden Akademiker, für Schüler, die die Schule der Sehenden besuchen, und für den blinden Handwerker die benötigte Fachliteratur von Fall zu Fall sowohl in handschriftlicher Verstellung als auch im Druckverfahren unter ständiger Aufsicht der Leitung hergestellt wird. Die Arbeitsmethode wurde in der Blindendruckerei eingehend gezeigt und erläutert. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Besucher den von der Assistentin der Blindenbücherei herausgegebenen Hilfsmitteln zum Studium der höheren Mathematik (System Mascher D. N. B.), hergestellt in der Blindendruckerei angelegerten Hochschulfachmittels-Verfälscht für Blinde. Aufsehen erregte bei jedem Besucher unser plattenloses Druckgerät (D. N. B.), im Gegensatz zum international gebräuchlichen Platten-druckverfahren. Obgleich die Erfindung des plattenlosen Druckverfahrens (System Haake) schon jahrelang bestand, war es doch erst der alten Buchdruckerstadt Leipzig vorbehalten, die außerordentlichen Vorzüge dieses neuzeitlichen Blindendruckes zu erkennen und auszubauen. Die in der Leipziger Blindendruckerei früher gebrauchte Plattenprägemaschine zur

Herstellung der Stereotypplatten steht seit 1918 unbenutzt und ist durch die Entwicklung des Blindendruckes in Leipzig bereits historisch geworden. Bemerkenswert ist, daß der plattenlose Blindendruck in seiner Einfachheit sogar den Buchdruck überholt. Die Druckerzeugnisse, die zum Teil als Unikata in der Dauernenden Grabhische Ausstellung auslagen, fanden auf Grund aller fachtechnischen Voraussetzungen und auch durch genaueste typographische Durcharbeitung den Beifall und die Anerkennung der Fachleute im Buchwesen.“ 15 000 Bände sind vorhanden; 50 000 Ausleihungen an 3130 Leser im Jahre 1924 — statistische Zahlen! Auf dem Internationalen Blinden-Speranto-Kongress in Prag 1921 wurde die Bücherei zur Internationalen Blindenbibliothek erwählt. Sie besitzt eine umfangreiche Esperanto-Abteilung. Die Punktstift-Schreibmaschinen des Instituts ermöglichen es, alle Sprachen darauf zu schreiben. „Welch edle Himmelsgabe...“ diese Bücherei!

Konjunkturforschung. Das Institut für Konjunkturforschung ist am 16. Juli ins Leben getreten. Das Institut, das die sachliche und finanzielle Unterstützung des Reiches, der Reichsbank und der Reichsbahn sowie der großen Verbände der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und der Banken, der Genossenschaften und der großen Arbeitergewerkschaften genießt, steht in organisatorischer Anlehnung an das Statistische Reichsamt. Das Arbeitsgebiet des Instituts erstreckt sich sowohl auf die allgemeine Konjunkturbeobachtung, d. h. die Sammlung und laufende Veröffentlichung des wichtigsten Zahlen- und Tatsachenmaterials der Wirtschaftsbewegung des In- und Auslandes, als auch auf die Konjunkturforschung im engeren Sinne, d. h. die Untersuchung der Gesetzmäßigkeiten des ökonomischen Kreislaufes und die Feststellung der sachlichen, zeitlichen und örtlichen Zusammenhänge der wirtschaftlichen Teilercheinungen.

Der Erfolg der Gewerkschaft. Auf dem 15. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in Leipzig erstattete der Verbandsvorsitzende Brey den Vorstandsbericht. Das vergangene Jahr 1924 kann organisatorisch wieder als ein Jahr mit normaler Entwicklung angesehen werden, insbesondere in finanzieller Beziehung. Es wurde im Jahre 1924 erreicht: für 947 382 Personen eine Lohnerhöhung von 1 954 636 M. pro Woche oder im Jahr 101 641 072 M., für 1777 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 5030 Stunden pro Woche, für 14 814 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Für 10 183 Personen wurde erreicht, eine Lohnkürzung von 16 672 M. abzuwehren. Sonstige Verschlechterungen wurden für 2686 Personen abgewehrt. Der Verlauf des Verbandstages hat gezeigt, daß es wieder möglich ist, die Verbandsfragen ungehindert durch fremde Einflüsse zu erledigen. Der Verlauf hat aber auch bewiesen, daß die Verbandsleitung auf beraten war, wenn sie während der Jahre schwerer Wirrnisse ihren geraden Weg weiterging. Das Gute hat sich durchgesetzt zum Wohl der Mitgliebschaft.

Kampfbund englischer Gewerkschaften. Von den Vertretern der Gewerkschaften der Bergarbeiter, der Eisenbahner, Transportarbeiter, Maschinenarbeiter und Werftarbeiter ist ein Abkommen unterzeichnet worden, das eine gegenseitige Unterstützung in Arbeitskonflikten vorsieht. Dieser Vereinbarung ist in Anbetracht des drohenden englischen Bergarbeiterstreiks besondere Bedeutung beizumessen.

Vom Internationalen Genossenschaftsbund. Die am 29. und 30. Juni in Stockholm tagende Exekutive des Internationalen Genossenschaftsbundes faßte folgende Entschließung: „Die Exekutive des Internationalen Genossenschaftsbundes hat, insbesondere seit dem Genet Kongress, mit Bedauern die Angriffe wahrgenommen, die gegen den Bund von Leuten gerichtet werden, von denen angenommen werden darf, daß sie direkt oder indirekt Beziehungen zu Landes-Genossenschaftsorganisationen haben, die dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossen sind; ebenso die andauernden Bemühungen, die offensichtlich von den gleichen Quellen ausgehen, besondere Formen wirtschaftlicher und politischer Propaganda in die Genossenschaftsbewegung anderer Länder hineinzutragen. Die Exekutive erklärt, daß die Unterstützung, Förderung oder auch Unterlassung der Mißbilligung dieser Angriffe und dieser Propagandamethoden durchaus dem Geiste der Satungen des Bundes widersprechen, die die völlige Autonomie und Unabhängigkeit jeder nationalen Bewegung vorsehen und dem Bunde selbst die Pflicht politischer und religiöser Neutralität auferlegen. Die Exekutive gibt ferner ihrer Entschlossenheit Ausdruck, die unbedingte Hochhaltung dieser fundamentalen Grundsätze zu verfechten und in allen Fällen der Mißachtung rücksichtslos in die den Satungen vorgegebenen Maßnahmen zu treffen. Vorstehendes wird der Generalsekretär angewiesen, unverzüglich der Exekutive jede Abweichung von den Bundesentscheidungen, die zu seiner Kenntnis gelangt, der Exekutive anzuzeigen.“

Die sozialen Baubetriebe. Der Verband der sozialen Baubetriebe Deutschlands hatte im Geschäftsjahr 1924 im ganzen 181 Betriebe mit 21 000 Arbeitern und Angestellten. Das Eigenkapital beträgt 3 Millionen Goldmark, das Stammkapital 2 Millionen Goldmark, fremdes Kapital 8 Millionen Goldmark, die Anlage- und Umlaufmittel betragen 1924 11 Millionen. Der Gesamtumsatz im verklossenen Jahre betrug 46 Millionen Goldmark. Davon entfallen 80 Proz. auf den Kleinwohnungsbau. Am 31. Dezember 1924 gab es einen Auftragsbestand von insgesamt 10,3 Millionen Goldmark. In den fünf Jahren des Bestehens haben die Bauhütten insgesamt 52 000 Wohnungen hergestellt. Der Verband sozialer Baubetriebe besitzt an einzelnen Hofhofbetrieben Zementfabriken, Ziegeleien, Steinbrüche usw., insgesamt 41 Spezialbetriebe und an sonstigen Betrieben 150. In einer scharfen Entschiedenheit wurde gegen die Wiedereinführung der freien Wirtschaft im Wohnungswesen Wahrung eingeleitet und behauptet, daß es bis jetzt auf dem Gebiete des Wohnungsbaues noch nicht gelungen sei, ein einheitliches und großzügiges Wohnungsprogramm für Deutschland aufzustellen.

Kotationerabteilung Dresden

(Verein Dresdner Drucker)
Sonntags, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im „Johannis Hof“,
Johann-Georg-Allee 1.

Versammlung

Vortrag: Die Entwicklung der Kotationstechnik und ihre
Bedeutung für den Buchdrucker. Referent: Kollege W. Geil
von der Zentralkommission, Berlin. — Kotationer-Kollegen der
umliegenden Druckorte werden hierzu eingeladen. (821)

Ortsgruppe Dresden

Im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker
Freitag, den 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinsheim
„Stadt Petersburg“, An der Frauenkirche 8.

Fortsetzung der

außerordentlichen Hauptversammlung

Neuwahl des Vorstandes.
Die Wichtigkeit der Neuwahl erfordert die Anwesenheit aller
Mitglieder! (819)

Wirklich billige Qualitätszigarren

Empfehle besonders El Conde, Stück 12 Stk. einschließlich
Steuer (Kadepreis 25 Stk.), Ein Versuch überzeugt. (836)
K. Kampmeier, Wolbo a. d. W., Wallstraße 21.

Auffretende Buchdrucker mit Zeitungsverlag (Sonntagszeitung) in rheinischer Großstadt sucht zur Unterstützung
der Geschäftsstellung einen

Betriebsleiter

welcher, gestützt auf gute Branchenkenntnisse, vertraut mit
Klischen, Setz- und Druckmaschinen, einem Personal von
etwa 40 Köpfen mit Takt vorsehen kann.

Gest. Offerten von geeigneten Bewerber mit Zeugnis-
abschriften, Eintrittsmöglichkeit, Gehaltsforderung unter Belä-
stigung eines Lichtbildes erbeten unter Nr. 814 an die Ge-
schäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7.

Stelle noch einen in allen Gattungen bewanderten (799)

flotten Handsetzer

ein. Eintritt kann sofort erfolgen.
C. G. Seidel, „Walddelmer Anzeiger“, Waldheim i. Sa.

Tüchtige Werksetzer

stellen ein Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar (Thür.). (856)

Mehrere sehr tüchtige

Aktidenz- und Insetatensetzer

zum sofortigen Eintritt gesucht. Nur wirklich tüchtige
Kräfte wollen ihr ansprüchliches Angebot mit Zeugnis-
abschriften richten an
Druckerei-Gesellschaft Hartung & Co. m. b. H.,
Hamburg 25, Vorarlber Straße 28. (818)

Flotte Aktidenzsetzer

sofort gesucht. Zu melden bei (850)
J. B. Hirschfeld, Leipzig, Wälderstraße 69.

Ein wirklich tüchtiger

Aktidenz- und Anzeigensetzer

bei liberalerlicher Bezahlung zum sofortigen Eintritt gesucht.
Wesfälisch-Leipziger
Druckerei- u. Verlags-gesellschaft m. b. H., Bad Deynhausen. (823)

Tüchtiger

Linotypesetzer

für sofort in Dauerstellung gesucht. Angebote mit Lohn-
anspruch an (847)
Essener Druckerei Gemeinwohl, C. m. b. H., Essen.

Mehrere ledige

Linotype- und Handsetzer sowie Maschinenmeister

suchen angenehme Stelle. Angebote an (794)
C. Hollerdorf, Oelde (Westf.).

Wir suchen zum baldigen Eintritt tüchtigen (657)

Werksetzer

bei guter Bezahlung. Vorkursausbildung und event. spätere
Umzugskosten übernehmen wir.
R. Bageel A.-G., Düsseldorf, Grafenberger Allee 89.

Tüchtige, ältere

Linotypesetzer

für Werk- und Setzungs-fähig in dauernde Stellung gesucht.
A. Gelschlägerische Buchdrucker, Lahn (Wittb. Schwarzau.). (747)

Linotypesetzer

mit längerer Praxis an Doppelbeder in Dauerstellung bei
hohem Lohn gesucht. (681)
Verlagsbuchdrucker Müller & Co.,
Opladener Zeitung, Opladen b. Köln.

Tüchtiger

Linotypesetzer

in Dauerstellung sofort gesucht. Wochentlohn 87,60 M.
(815)
„Bergische Post“, Opladen (Rheinland).

Verlag: Treuhänderverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, C. m. b. H., Berlin. (Geschäftsstelle und Anzeigenernahme Leipzig, Königsstraße 7, Fernruf 16033).
Verantwortlich: Karl Schaeffer, Leipzig, Königsstraße Nr. 7. — Druck: Buchdruckwerkstätte C. m. b. H. (Druckerei des Bildungsverbandes D. B. D.), Leipzig Königsstraße Nr. 5

Linotypesetzer

guter Maschinenkennner und Koller, gewisserhafter Setzer, für
sofort oder später in Dauerstellung gesucht. (818)
Angebote mit Gehaltsansprüchen an
Postfach 42, Annaberg i. Erzgeb.

Linotypesetzer

für sofort in dauernde Stellung gegen gute Bezahlung ge-
sucht (Wechselschicht). (826)
„Poilsdamer Tageszeitung“, Poilsdam.

Berchtesgaden!

Tüchtiger Maschinensetzer (Typograph U-B) für Zei-
tungs-fähig in Wechselschicht in dauernde, gutbezahlte Stellung
für sofort gesucht. (822)
„Berchtesgadener Anzeiger“, Berchtesgaden.

Typographsetzer

für U-B mit langjähriger Praxis sofort gesucht. (823)
Angebote an
Jischer & Schmidt, Stuttgart.

Tüchtiger

Typographsetzer

für guten Werk-fähig in Dauerstellung gesucht.
Dr. J. D. Datterer & Co., Freising-München. (797)

Wir suchen für sofort oder später noch einige tüchtige

Typographsetzer

(Modell B und U-B) in dauernde, gutbezahlte Stellung. (820)
Angebote an die
„Neue Badische Landeszeitung“, Mannheim.

Tüchtiger

Monotypesetzer

für D-Setzer in Dauerstellung für sofort gesucht. (839)
Buchdruckerei C. Kreyling, Leipzig, Seeburgstraße 51.

Wir suchen sofort (807)

tüchtige Maschinenmeister

erfahren in Illustrationsdruck, Kenntnis von Anlageapparaten
erwünscht, Dauerstellung. Für unverheiratete Herren wer-
den möblierte Zimmer besorgt.
Offerten mit Gehaltsansprüchen und Eintrittstermin
sofort an
Gerhard Stalling, Oldenburg i. O.

Tüchtige

Maschinenmeister

für Qualitätsarbeit stellt ein (764)
Ohlenrothsche Buchdruckerei, Erfurt.

Erster

Maschinenmeister

der feinste Autotypen drucken kann, in angenehme Dauer-
stellung gesucht. (862)
C. M. Götner, Aue i. Erzgeb.

Zum sofortigen Eintritt

Maschinenmeister

suchen ich einen jüngeren, ein selbständiges Arbeiten gewöhnten
Betreffender muß im besseren Werke, Mattens- und feinen
Illustrationsdruck erfahren und an sauberes Arbeiten ge-
wöhnt sein. (840)

Auswärtliche Angebote erbeten an
Gottfr. Pöh, Naumburg a. d. S.

Tüchtiger und erfahrener-

Tiegeldrucker

zum 8. oder 15. August gesucht. Gest. Angebote an
Buchdruck. Gebr. Müller C. m. b. H., Dauken, Holzmarkt 21/25. (851)

Erfahrener

Monotypesetzer

in dauernde, gutbezahlte Stellung sofort gesucht.
Gest. Angebote unter Nr. 817 an die Geschäftsstelle des
„Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

30 Jahre alt, durchaus firm in allen
Gattungen und Rechtschreibung, sucht
Stelle, wo ihm Gelegenheit geboten wird, weiterzukommen.
(1/2 Jahre Linotypenpraxis.) Dreifachzimmerwohnung Verbindung.
Offerten unter Nr. 837 an die Geschäftsstelle des „Korr.“,
Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Tüchtiger

Linotypesetzer

erste Kraft, 19jähr. Praxis, sucht sich für September oder Oktober
nur in Lebensstellung, am liebsten als Erster, nach Mittel- oder
Süddeutschland zu veränd. Verw. bis Dreifachzimmerwohn., Ver-
gütung der Umzugskosten. Gest. Angebote unter Nr. 825 an
die Geschäftsstelle des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Typographsetzer

28 Jahre alt, ledig, fünf Jahre Praxis, A, U-B, in Zei-
tungs-fähig in ungekündigter Stellung, sucht anderweitige
Rendition, wo ihm

Lebensstellung

geboten wird. Gleich wohl in
Offerten unter „Typograph 846“ an die Geschäftsstelle
des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Wo könnte sich junger, tüchtiger Setzer an der

Setzmaschine

Linotype oder andern Systemen ausbilden?
Offerten unter Nr. 841 an die Geschäftsstelle des „Korr.“,
Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Seherstelle sucht

ein intelligenter, 21-jähriger, strebsamer Schriftsetzer, in allen
Gattungen gut bewandert, mit vorzüglichen Zeugnissen. Möchte
eine Kondition in Deutschland annehmen, um sich in der
deutschen Sprache vervollkommen zu können.
Gest. Angebote an Karl Malowatz, Prag-Bistree,
Laboritzka ul. No. 611 (Tschekoslowakei).

Seher oder Schweizerdegen

sucht in Leipzig Stellung. (824)
Gest. Angebote unter H. K. 824 an die Geschäftsstelle
des „Korr.“, Leipzig, Königsstraße 7.

Jotier, junger

Schriftsetzer

zum baldigen Eintritt für an-
genehme Stellung gesucht.
„Kolberger Tageblatt“,
C. m. b. H., Kolberg (Ostsee).

Ein junger Koller

Schriftsetzer

für einfache Klischenearbeiten
bei guter Abfertigung und Be-
zahlung verlangt. (833)
Buchdruckerei Otto Wagner,
Neudorf.

Tüchtiger

Handsetzer

und (838)
Schweizerdegen
welche der polnischen Sprache
mächtig sind, in Dauerstellung
gesucht.

Verlag des „Narod“,

Serbie i. Werk.

Zum sofortigen Eintritt in
Dauerstellung bei Abfertigung
lohn tüchtiger, lediger (803)

Schriftsetzer

der Tüten- und Beutelbranche
gesucht. Es wollen sich
wegen Wohnungsangels nur
ledige Herren melden.
Helmannsperger & Köhner,
Papierverarbeitungs-ges.,
Bruchsal in Baden.

Tüchtiger lediger

Katalog- und

Aktidenzsetzer

nach schöner Garzstadt sofort
gesucht. (796)
Gebr. Köhl, Quedlinburg,
Kunstanstalt für Buch- und
Offsetdruck.

Tüchtige zuverlässige

Werk- und

Aktidenzsetzer

für sofort gesucht. (854)
Löhner & Co.,
Grünberg in Schlesten.

Junger, flotte

Aktidenzsetzer

stellt noch ein (827)
C. Th. Kartenberg,
Herne i. W.

Tüchtige

Linotypesetzer

für wissenschaftlichen Werk-fähig
nach kleinem Platz in lands-
chaftlich schöner Gegend ge-
sucht.

Herren, denen ein dauernder,

gutbezahlter Stellung gelegen

ist, wollen Angebote unter
A. K. 832 an die Geschäfts-
stelle des „Korr.“, Leipzig,
Königsstraße 7, erbeten.

Typographsetzer

U-B, für einwandfreien Werk-
fah bei guter Bezahlung zum
sofortigen Eintritt gesucht.
W. Eitwoll, Dortmund.

Tüchtiger

Monotypesetzer

für D-Setzer (kein Anfänger)
zum baldigen Eintritt in an-
genehme Dauerstellung bei
guter Bezahlung gesucht.

Reifeausbildung und

eventuelle Umzugskosten

werden von uns übernommen.
8201 W. Eitwoll, Dortmund.

Handbuch-Schriftsetzer

Geheselt 4,60 M., gebunden
7,50 M. A. Egel, München 6,
Kolumbusstraße 1.

Schweizerdegen

eventuell Maschinenmeister, in
gutem sauberen Druck durch-
aus firm, und junger, Koller

Schriftsetzer

für Zeitung und Klischenearbeiten
sofort gesucht. Die Stellung
ist dauernd u. angenehm. (809)
Fr. Späth'sche Buchdruckerei,
Kirchheim-Teck.

Junger, vormals-treibender

Schriftsetzer

(Separate und Text) wünscht
sich baldigst zu verändern.
Süddeutschland bevorzugt!
Gest. Offerten an
C. Landgraf, Kuffstein
in Tirol,
Münchener Straße 71.

Erfahrener, gewissenhafter

Korrektor u. Revifor

(gelernter Setzer mit Lehr-
berechtigung) möchte sich nach
Leipzig in gutbezahlte Dauer-
stellung verändern.

Gest. Off. unter Nr. 836 an
die Geschäftsstelle des „Korr.“,
Leipzig, Königsstr. 7, erbeten.

Tiegeldrucker

für Klischenearbeiten sucht in
Dresden oder Umgebung leht,
eventuell auch später, ange-
nehme Dauerstellung.

Angebote mit Lohn unter
„Dauerstellung 820“ an die
Geschäftsstelle des „Korr.“,
Leipzig, Königsstr. 7, erbeten.

Wo kann sich 26-jähriger

Drucker an der (830)
Geschäftsstelle des „Korr.“,
Leipzig, Königsstr. 7, erbeten.

Kotation ausbilden?

Leipzig, Berlin, Hamburg be-
vorzugt, jedoch nicht Beding.
Angebote an H. C. i., Leipzig,
Albtreustraße 14 II r.

Tüchtiger

Monotypesetzer

(20-jährige Praxis) sucht für
U-B in dauernde Rendition.
Gest. Offert. unter A. Z. 853
an die Geschäftsstelle des
„Korr.“, Leipzig, Königsstr. 7,
erbeten.

Guldgelb gekücherte [101

Schweinsköpfe

mit dicker durchwachsender
Bauche, 9 Pfd. netto 4,75 M.,
Bahnkollt 30 u. 60 Pfd. 5,61 Pfd.
9 Pfund Euter-Kauchfleisch
4,75 M. 9 Pfund erstklassige
Schinkenplock-Cervelat- und
Salamiwurst 13,30 M.

Käse

direkt an Verbraucher
9 Pfd. gelbe Broden 4,30 M.
9 Pfd. rote Kugel 4,40 M. 9 Pfd.
Jan-Edamer Fett-7,60 M. 9 Pfd.
dän. Schweizer-Fett- 9,70 M.
ab Nordorf — Nachnahme.
Carl Ramm, Nordorf
(Holstein), Nr. 33a.

Am 9. Juli verstarb

nach langem, schwerem
Merenleiden, welches er
sich im Felde zugezogen
hat, unter heftiger Kolo-
re, der Meisterr

Wilhelm Mackfort

aus Münster i. Westf.,
im Alter von 34 Jahren.
Ein ehrendes Anden-
ken bewahren ihm

Orts- und Bezirks-
verein Münster.
Gesangverein
„Typographia“.